

# Verbraucherarbeit – eine Chronologie

Stand 6.4.2003

- 1844** · Gründung der ersten Konsumgenossenschaft in Großbritannien
- 1854** · Einrichtung einer bäuerlichen Genossenschaftshilfe („Spar- und Darlehenskassen“) durch Friedrich Wilhelm Raiffeisen
- 1868** · Erster „Mietbewohnerverein“ in Dresden
- 1897** · Das Reichsgericht in Leipzig entscheidet, dass die Bildung von Kartellen der Gewerbefreiheit nicht entgegensteht.
- 1898** · Gründung der National Consumer's League in den USA
- 1899** · Gründung des Deutschen Evangelischen Frauenbundes in Kassel (DEF)
- 1900** · Gründung des Verbands Deutscher Mietervereine in Leipzig
- 1903** · Gründung der Hausfrauenvereinigung des Katholischen Deutschen Frauenbundes
- 1906** · Der Pure Food and Drug Act wird als erstes wichtiges Verbraucherschutzgesetz in den USA verabschiedet. Einrichtung der Food and Drug Administration (FDA)
- 1909** · Das neue Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) tritt in Kraft.
- 1914** · Einrichtung der Federal Trade Commission (FTC) als Wettbewerbsbehörde in den USA
- 1915** · Gründung des Deutschen Hausfrauen-Bundes
- 1919** · Gründung des Bauhauses in Weimar
- 1923** · Verabschiedung des Mieterschutzgesetzes  
Erste Verordnung gegen Missbrauch wirtschaftlicher Machtstellung
- 1927** · Gründung des Hauswirtschaftlichen Einkaufs-, Beratungs- und Auskunftsdienstes (Heibaudi)
- 1929** · Consumer's Research Inc. in den USA nimmt die Arbeit auf.
- 1933** · Auflösung unabhängiger Organisationen und Verbände  
· Auflösung des Bauhauses durch das NS-Regime  
· Verabschiedung des Rabattgesetzes und Zwangskartellgesetz als Ausdruck nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik
- 1935** · Gründung der Consumers Union in den USA
- 1938** · Erweiterung der Kompetenzen der Federal Trade Commission (FTC) als unabhängige Regulierungskommission und der Food and Drug Administration (FDA) als nachgeordnete Behörde des Gesundheitsministeriums
- 1947** · Dekartellierungsverordnungen der Alliierten
- 1949** · Einrichtung des „Ständigen Ausschusses für Selbsthilfe“ in Köln durch Eugen Gerstenmaier, Anton Wopperer und Gerhard Weisser

## 1953 – 1963

- 1953** · Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände e.V. (AgV) als „Verband der Verbände“ mit Sitz in Bonn, Gründungsmitglieder sind u.a. der Hausfrauen-Bund, die Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Hausfrauen des Deutschen Evangelischen Hausfrauenbundes, die noch heute Mitglied sind, die Konsumgenossenschaften, das Institut für Selbsthilfe, das Hilfswerk der evangelischen Kirche Deutschlands. Zum ersten Vorsitzenden wählte die AgV den damaligen Vorsitzenden des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften, Gustav Dahrendorf.

- Gründung der Verbraucherzentrale Berlin e.V. als erste Verbraucherzentrale
- Gründung der Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Hausfrauen des Deutschen Evangelischen Frauenbundes in Hannover
- 1954** · Erste Ausgabe der „Verbraucherpolitischen Korrespondenz“
- 1955** · Erste Landesarbeitsgemeinschaften der Verbraucherverbände gegründet
- 1956** · AgV zählt 19 sozial- und verbraucherorientierte Mitgliedsverbände, u.a. den Deutschen Mieterbund, den Deutschen Frauenring und den Deutschen Hausfrauen-Bund.
- 1957** · Mit den Römischen Verträgen gründen sechs Mitgliedstaaten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).  
· AgV fordert Schaffung von Verbraucherzentralen in allen Bundesländern.
- 1958** · Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Lebensmittelgesetzes werden verabschiedet.  
· Erste Zusage zur Einführung von Tests durch Ludwig Erhard  
· Erste Ausgabe der „Verbraucher Rundschau“
- 1959** · AgV führt Preistests bei Nahrungsmitteln durch.
- 1960** · Urteil des OLG Stuttgart erlaubt Warentests.
- 1961** · Die AgV führt ersten vergleichenden Warentest (17 Waschmittel) durch.  
· In allen 11 Bundesländern sind Verbraucherzentralen entstanden.
- 1962** · In Brüssel wird das Bureau Européen des Unions de Consommateurs (BEUC) gegründet; die AgV ist Gründungsmitglied.  
· Einrichtung eines „Kontaktausschusses der Verbraucher der Europäischen Gemeinschaft“, Vorläufer des CCC, des Beratenden Verbraucherausschusses  
· US-Präsident Kennedy benennt vor dem amerikanischen Kongress vier grundlegende Verbraucherrechte:
  - das Recht auf sichere Produkte
  - das Recht auf freie Wahl
  - das Recht auf politische Interessenvertretung
  - das Recht auf umfassende Information über Waren und Dienstleistungen

### **1963 – 1973**

- 1963** · Das Landgericht Köln weist die Klage des „Vereins gegen Unwesen in Handel und Gewerbe“ e.V. gegen die AgV auf Unterlassung der Bekanntgabe von Testergebnissen ab.  
· Gründung des Ausschusses Gebrauchstauglichkeit im Deutschen Normungsinstitut mit Beteiligung von Verbrauchervertretern an der Normung.
- 1964** · Errichtung der STIFTUNG WARENTEST in Berlin; sie erhält die Aufgabe der „Unterrichtung der Öffentlichkeit über objektivierbare Merkmale des Nutz- und Gebrauchswertes von Waren und Leistungen“.
- 1965** · Gründung des Instituts für angewandte Verbraucherforschung e.V. (IFAV). Das IFAV wird mit der Durchführung von Untersuchungen für Verbraucherorganisationen, der Initiierung von Forschungsvorhaben und der Erarbeitung von Grundlagenmaterial für die verbraucherpolitische Diskussion beauftragt.  
· AgV-Präsidium bei Bundespräsident Heinrich Lübke  
· Den Verbraucherverbänden wird in einer Novelle des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb (UWG) eine Klagebefugnis zugestanden.  
· Ralph Nader veröffentlicht in den USA mit dem Bericht "Unsafe at Any Speed" eine Attacke gegen die unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen der amerikanischen Automobilindustrie. Der Bericht bedeutet das Startsignal für eine neue Phase des aktionsorientierten Consumerism in den USA und anderen Staaten.
- 1966** · Gründung des Verbraucherschutzvereins e.V. (VSV) in Berlin durch die AgV und die Verbraucherzentralen nach dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG); dem Verein wird die Aufgabe übertragen, die Klagebefugnis der Verbraucherverbände wahrzunehmen.  
· Erster auf europäischer Ebene durchgeführter vergleichender Warentest (Bügeleisen)  
· Die Zeitschrift „Der Test“ erscheint erstmalig.

- 1967** · EWG und Euratom gehen in Europäische Gemeinschaft (EG) über.
- USA: Gründung der Consumer Federation of America
- Erste „Woche des Verbrauchers“ als groß angelegte Aufklärungsaktion der AgV, Verbraucherzentralen und der Hausfrauen- und Frauenorganisationen sowie der Konsumgenossenschaften
- 1968** · Das IFAV führt erstmals für die AgV umfangreiche Preisvergleiche bei Gebrauchsgütern durch.
- Abschaffung der Zölle zwischen den EG-Partnerländern
- Reform des Gesetzes über technische Arbeitsmittel (Maschinenschutzgesetz)
- 1969** · Das Textilkennzeichnungsgesetz wird verabschiedet.
- Die AgV fordert die Errichtung einer Verbraucherakademie, auf der Multiplikatoren der Verbraucherarbeit geschult werden sollen. Die Akademie soll außerdem ein Forschungszentrum für Verbraucherfragen werden.
- 1970** · Die AgV veröffentlicht erstmals umweltpolitische Forderungen.
- Die AgV warnt vor wachsenden Agrarüberschüssen.
- Bundespräsident Gustav Heinemann empfängt das AgV-Präsidium.
- 1971** · Die Bundesregierung legt erstmals einen Bericht zur Verbraucherpolitik vor.
- Alle Verbraucherzentralen sind jetzt als Mitglied in der AgV vertreten.
- Erster Verbraucherfilmwettbewerb; es soll durch einen internationalen Vergleich die Qualität des Verbraucherfilms gefördert und das Interesse an Verbraucherinformation durch Film und Fernsehen gestärkt werden.
- USA: Das Bundesamt für Verbraucherangelegenheiten (USOCA) geht aus dem Verbraucherkomitee hervor. Gründung der Verbraucherorganisation „Public Citizen“.
- 1972** · Einrichtung eines Verbraucherbeirats beim Bundesministerium für Wirtschaft, Sprecher ist AgV-Präsident Prof. Dr. Otto Blume.
- In den USA wird die Consumer Product Safety Commission eingerichtet.

### **1973-1983**

- 1973** · Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB-Kartellgesetz)
- Preisangabenverordnung
- Die AgV wird Mitglied in der Konzertierten Aktion.
- Bundeskanzler Willy Brandt empfängt das AgV-Präsidium.
- Die AgV wird Mitglied im Beratenden Verbraucherausschuss der EG-Kommission.
- Einrichtung einer mobilen Verbraucherinformation der AgV
- Der Europäische Dachverband BEUC richtet in Brüssel ein ständiges Büro ein.
- Einrichtung des Beratenden Verbraucherausschusses (CCC) bei der Europäischen Kommission.
- 1974** · Gesamtreform des Lebensmittelrechts
- Novellierung des Abzahlungsgesetzes
- Aufhebung der Preisbindung
- Die AgV ist erstmals im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA) vertreten.
- Gründung des Verbraucherrats im DIN -Deutsches Institut für Normung
- 1975** · Erstes Programm der EG für eine Politik zum Schutz und zur Unterrichtung der Verbraucher
- Die AgV eröffnet die Modellberatungsstelle „Pop 15“; sie soll neue Konzeptionen, Arbeitsmittel und Methoden der Verbraucherberatung zur Unterstützung der Verbraucherzentralen entwickeln und erproben.
- Die AgV veranstaltet das erste Europäische Verbraucherforum unter der Schirmherrschaft der EG-Kommission zu aktuellen Fragen der Verbraucherpolitik.
- 1976** · Reform des Arzneimittelgesetzes
- Die AgV und der Deutsche Gewerkschaftsbund geben das Handbuch des Verbraucherrechts heraus.
- Geschäftsführung der AgV im Kuratorium des RAL (Deutsches Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung), seit den 50er Jahren war die AgV bereits im Beirat und späteren Kuratorium des RAL vertreten.
- 1977** · Verabschiedung des Gesetzes über die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB-Gesetz) und Verabschiedung des Fernunterrichtsschutzgesetzes; damit wird die Klagebefugnis des Verbraucherschutzvereins und der Verbraucherzentralen erweitert.
- Bildung des Fachausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz im Europäischen Parlament
- Bundespräsident Walter Scheel und Bundeskanzler Helmut Schmidt empfangen das AgV-Präsidium.

- Unter maßgeblicher Beteiligung der AgV legen Hersteller, DIN – Deutsches Institut für Normung und Verbrauchervertreter Regeln für eine Warenkennzeichnung und für die Produkt-Information fest.
- 1978** · In Berlin wird die Stiftung Verbraucherinstitut gegründet; ihre Aufgabe ist es, Grundsätze, Modelle und Einzelmaterialien für die Verbraucherbildung und –information zu erarbeiten sowie Fortbildungsveranstaltungen durchzuführen. Stifter sind die AgV und die Stiftung Warentest.
- 1979** · Schaffung eines Europäischen Währungssystems (EWS), um eine währungspolitische Stabilität in Europa zu erreichen
  - Verabschiedung des Reisevertragsgesetzes und Neufassung des Gerätesicherheitsgesetzes
  - Das GS-Zeichen wird geschaffen.
  - Die AgV beteiligt sich am Bildschirmtext-Forschungsprojekt.
- 1980** · Änderung des Rechtsberatungsgesetzes; die Verbraucherzentralen dürfen fortan in außergerichtlichen Streitigkeiten Rechtsrat und Rechtsbesorgung erteilen.
  - Die AgV veröffentlicht „Grundlinien einer neuen Agrarpolitik“.
  - USA: Mit dem Präsidenten Ronald Reagan werden die Aktivitäten und Kompetenzen im Verbraucherschutz erheblich eingeschränkt. Die verbraucherpolitischen Aufgaben der Bundesbehörden werden auf die einzelstaatliche Ebene verlegt. Diese Phase endet mit dem Amtsantritt des US-Präsidenten Bill Clinton im Jahre 1993.
- 1981** · BGH-Urteil zur Zulässigkeit von Preisvergleichen
  - VSV erstreitet BGH-Urteil zur „Tagespreisklausel“, das wegweisend ist für die Beurteilung von Preisänderungsvorbehalten.
  - Anlässlich des Europäischen Verbraucherforums, das die AgV seit 1975 unter der Schirmherrschaft der Europäischen Kommission veranstaltet, diskutieren Experten der Verbraucherorganisationen, Wirtschaft und Politik über Ernährungspolitik in der Europäischen Gemeinschaft.
- 1982** · VSV erstreitet Grundsatzurteil des BGH zur Werbung mit Testergebnissen.
  - Start der bundesweiten mobilen Energieberatung
  - Gemeinschaftsaktion mit BEUC „Stoppt Gift aus dem Auspuff“ zum Verbot bleihaltigen Benzins

### **1983-1993**

- 1983** · Erste spezielle Sitzung der für Verbraucherpolitik zuständigen Minister der Mitgliedstaaten im Ministerrat
  - Der internationale Verbraucherverband IOCU (heute Consumers International) proklamiert am 15. März erstmals den Weltverbrauchertag.
  - Kreditaktion der AgV und der Verbraucherzentralen auf Grund einer Entscheidung des BGH, dass viele 1975 bis 1980 mit Teilzahlungsbanken abgeschlossene Kreditverträge sittenwidrig sind.
  - Mitarbeit der AgV am Umweltzeichen „Blauer Engel“
  - 30 Jahre AgV – Podiumsdiskussion zum Thema „Qualitatives Wachstum - Qualitativer Konsum“ zur Förderung eines Konsumverhaltens, das sich sozialen und ökologischen Werten verpflichtet fühlt.
  - Die AgV zählt 33 Mitgliedsverbände.
- 1984** · Konzeption der Kredit-, Schuldner- und Umweltberatung: zunehmende Überschuldung einkommensschwacher Verbraucher sowie wachsende Sensibilität für Fragen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes sind neue Rahmenbedingungen für die Arbeit der Verbraucherorganisationen.
  - AgV Mitglied bei der Jury Umweltzeichen
- 1985** · Der Europäische Rat stimmt einem Programm für die Vollendung des Binnenmarktes zu.
  - Verabschiedung der Preisangabenverordnung
  - VSV erstreitet BGH-Urteil zur „Schufa-Klausel“, das das Kreditgewerbe zu einer grundlegenden Überarbeitung der Regelung über eine Verarbeitung personenbezogener Daten zwingt.
  - Die AgV entwickelt ein computergestütztes Versicherungsberatungsprogramm.
  - Die Verbraucherinitiative e.V. wird in Bonn gegründet.
  - Die Zeitschrift Öko Test erscheint erstmals.
- 1986** · Das Gesetz über den Widerruf von Haustürgeschäften und ähnlichen Geschäften sowie die Gefahrstoffverordnung treten in Kraft.
  - Novellierung des Abfallgesetzes
  - Neufassung des Textilkennzeichnungsgesetzes
  - Die AgV stattet zentral alle Beratungsstellen mit dem Selbstinformationssystem „Infothek“ aus.
  - Forderungen der AgV zur Absicht, 1992 den EG-Binnenmarkt zu vollenden:
    - Höchstes Schutzniveau für Gemeinschaftsregeln
    - Recht auf Information
    - Schutz vor Irreführung
    - Rechtsschutz

- Zugang zum Recht
  - VSV erstreitet Urteil des Bundesgerichtshofs zur Gewinnspielwerbung unter dem Gesichtspunkt des psychologischen Kaufzwangs.
- 1987**
- Novellierung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb
  - Verbraucherverbände mahnen 50 Banken wegen überhöhter Verzugszinsen ab.
  - Bier-Urteil des Europäischen Gerichtshofes: Das deutsche Reinheitsgebot bleibt erhalten.
  - Verabschiedung der Novelle des Wasch- und Reinigungsmittelgesetzes
  - AgV und Verbraucherzentralen legen Vorschläge für Vergabekriterien des Umweltzeichens vor.
  - VSV erstreitet Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs zur Vorkasse in Reiseverträgen.
  - Einheitliche Europäische Akte zur Verbesserung der politischen Zusammenarbeit und des EWG-Vertrages tritt in Kraft.
- 1988**
- Der Bundesgerichtshof verpflichtet Banken, ihre Verzugszinsen zu reduzieren und erklärt in einem weiteren Urteil die Tilgungsverrechnungsklausel einer Hypothekenbank für unwirksam.
  - Der Bundesgerichtshof bestätigt das Urteil des Hanseatischen Oberlandesgerichts Hamburg, das die Klage der Wirtschaftlichen Vereinigung Zucker gegen die AgV abgewiesen hat; Tenor: das im Zucker befindliche gesundheitliche Gefährdungspotential rechtfertigt eine Formulierung „Schadstoff Zucker“, die der Titel einer Ausgabe der Verbraucher Rundschau war; auch pointierte Formulierungen sind zur Verdeutlichung eines Standpunktes aufgrund des Grundrechts der freien Meinungsäußerung zulässig.
  - Die Verbraucherorganisationen bieten grenzüberschreitende Preisvergleiche an.
  - Bundespräsident Richard von Weizsäcker besucht die Verbraucherberatungsstelle der AgV.
- 1989**
- Verabschiedung der EG-Rahmenrichtlinie für Zusatzstoffe bei Lebensmitteln
  - 5. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und das Poststrukturgesetz treten in Kraft.
  - Liberalisierung des Ladenschlussgesetzes und Einführung des Dienstleistungsabends
  - BGH-Urteile zu Tilgungsverrechnungsklauseln und zur Wertstellung bei Überweisungen; BGH entscheidet im Wertstellungsurteil, dass Banken Bareinzahlungen noch am selben Bankarbeitstag gutschreiben müssen.
  - Das Landgericht Düsseldorf gibt Verbraucherverbänden Recht, dass 10-Jahres-Versicherungsverträge unangemessen sind und gegen das AGB-Gesetz verstoßen.
  - Das computergestützte Versicherungsberatungsprogramm wird bundesweit angeboten.
  - Die AgV gibt Verbrauchertipps für Aus- und Übersiedler heraus.
  - Nach Öffnung der Berliner Mauer führt die AgV mit der Verbraucherzentrale Berlin einen speziellen Preisvergleich für Käufer in der DDR durch.
- 1990**
- Verabschiedung der EG-Richtlinie über Pauschalreisen
  - Das Bundesdatenschutzgesetz tritt in Kraft.
  - Der Bundesgerichtshof präzisiert die Anforderungen an die Transparenz der Zinsklauseln und spricht sich in einem weiteren Urteil für die 30-jährige Verjährung aus.
  - VSV erstreitet Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs zum Widerrufsrecht bei Werbeverkaufsveranstaltungen.
  - Gründung des Verbandes für Verbraucherschutz der DDR
  - Der Ministerrat der DDR beschließt, den Aufbau von Verbraucherorganisationen zu fördern.
  - Aufbau von Verbraucherberatungsstellen in den neuen Bundesländern
  - Die Verbraucherzentralen der neuen und alten Bundesländer bilden in der Aufbauphase Partnerschaften.
  - Die AgV legt ein Gesamtkonzept zur Unterstützung des Aufbaus der Verbrauchervertretung und –beratung in den neuen Bundesländern vor.
  - Das Verbraucherinstitut und die AgV führen Fachtagungen zur Verbraucherarbeit in der Marktwirtschaft durch.
  - Gründung von Verbraucherzentralen in den neuen Bundesländern
  - Nach dem Beitritt der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober Auflösung des Verbandes für Verbraucherschutz der DDR und Beitritt der Verbraucherzentralen zur AgV
  - Abmahnaktion gegen Kreditinstitute wird fortgesetzt.
- 1991**
- EG-Bio-Kennzeichnungs-Verordnung wird eingeführt.
  - Das Verbraucherkreditgesetz und die Verpackungsverordnung treten in Kraft.
  - Versicherungsverträge können innerhalb von zehn Tagen widerrufen und jährlich bei Prämien erhöhungen gekündigt werden.
  - VSV erwirkt Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs zur Haftung beim Kreditkartenmissbrauch.
  - Die Zeitschrift „FINANZtest“ erscheint zum ersten Mal.
  - 500.000 Verbraucher nehmen das Beratungsangebot der Verbraucherzentralen der neuen Bundesländer wahr.
  - Die Infothek umfasst 70 Ordner.
  - Erstausgabe „Verbraucherrecht – Gesetze und Verordnung“, Herausgegeben von Dr. Thea Brüner, der langjährigen Geschäftsführerin der Verbraucherzentrale Berlin und Verwaltungsratsvorsitzenden des Verbraucherschutzvereins.

- 1992 · Die EU-Richtlinie über allgemeine Produktsicherheit wird verabschiedet.
- Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Union in Maastricht. Verbraucherpolitik wird als eigenständige Gemeinschaftspolitik anerkannt.
- Die Bundesregierung bekundet ihre Absicht, sich aus finanzverfassungsrechtlichen Gründen im Verhältnis Bund-Länder aus der Finanzierung der Verbraucherzentralen zurückzuziehen.
- Zwei Urteile des Bundesgerichtshofs zur Versicherungsantragsproblematik bringen mehr Verbraucherschutz.
- Die AgV kritisiert die teuren privaten Informationsdienste der Telekom.
- Mit einer Serie von Broschüren zu Reise, Werbung, Einkaufen informiert die AgV über den Start des EG-Binnenmarktes.
- Die AgV beginnt mit verschiedenen Projekten die Unterstützung der Entwicklung der Verbraucherarbeit in den Ländern Mittel- und Osteuropas.

### 1993-2003

- 1993 · Erster AgV-Vorstoß zur Abschaffung des Rabattgesetzes
- AgV-Musterprozess gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen Reisepleiten
- Die Verbraucherverbände kritisieren die mangelhafte Kennzeichnung von Bio-Produkten.
- AgV-Untersuchung stellt mangelhafte Brieflaufzeiten fest.
- VSV erstreitet Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs zu Preisklauseln der Banken.
- VSV erstreitet BGH-Urteil zur Erstattungsfähigkeit alternativer Heilmethoden in der privaten Krankenversicherung.
- 1.1. 1993 Vollendung des europäischen Binnenmarktes.
  
- 1994 · Manifest der Europäischen Verbraucherverbände zum EU-Binnenmarkt
- EU-Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik ein, weil diese die EU-Reiserichtlinie nicht ordnungsgemäß umgesetzt hat.
- Verbraucherschutzverein obsiegt bei 10-Jahresklauseln in Versicherungsverträgen in fünf Urteilen des Bundesgerichtshofs.
- AgV fordert integrierte Abfallpolitik.
  
- 1995 · EuGH-Generalanwalt bestätigt AgV-Position zur Haftung bei Reisepleiten.
- Die Verbraucherorganisationen genießen laut einer Umfrage des Instituts Sample, Mölln im Auftrag von Focus zum Thema „Vertrauen in Institutionen“ das größte Vertrauen der Deutschen.
- Europäische Verbraucherverbände fordern radikale Agrarreform.
  
- 1996 · Teilzeitwohnrechtgesetz tritt in Kraft.
- Lockerung des Ladenschlussgesetzes
- Mehr Verbraucherschutz beim Kleingedruckten: Neuregelung des AGB-Gesetzes in Kraft.
- Verbraucherverbände fordern abgestimmte Informationskampagnen zu EURO-Einführung.
- AgV fordert besseren Verbraucherschutz bei Auslandsüberweisungen.
- AgV für Kennzeichnung von Gen-Lebensmitteln
  
- 1997 · Das Produktsicherheitsgesetz wird verabschiedet.
- Das Informations- und Kommunikationsdienstegesetz tritt in Kraft.
- Die AgV kritisiert unzureichenden Verbraucherschutz bei BSE.
- Die AgV legt einen Forderungskatalog zu Verbraucherschutz in elektronischen Datennetzen vor.
- Die AgV fordert doppelte Preisauszeichnung bei EURO-Einführung. Sie erwirkt eine Selbstverpflichtung des Handels, dass seine Mitglieder für eine flächendeckende doppelte Preisauszeichnung sowie andere Maßnahmen zur verbrauchergerechten Einführung des Euro sorgen.
- AgV und Verbraucherzentralen kritisieren Verbändevereinbarung zwischen Stromwirtschaft und Industrie zur Liberalisierung des Strommarkts.
- Bundesweit einheitliche Verbraucherarbeit ist akut bedroht durch Kürzungspläne der öffentlichen Mittel des Bundes.
- Die AgV kritisiert das EU-Grünbuch zum Handel: „Verbraucherinteressen werden nicht ernst genommen“.
- Präsidentschaft der AgV im BEUC (bis 2000)
- AgV im Internet: [www.agv.de](http://www.agv.de)
  
- 1998 · Telekommunikations-Kundenschutz-Verordnung tritt in Kraft.
- Liberalisierung des Strommarktes
- „Talking Food“- EU-weite Kampagne zur Lebensmittelsicherheit
- AgV und Verbraucherzentralen legen Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl vor.
- AgV und Verbraucherzentralen überprüfen Markenfleischprogramme.
- „EURO konkret“ –Ratgeber von AgV, Gewerkschaften und Mieterbund zur Euro-Einführung veröffentlicht

- 1999**
- Insolvenzordnung tritt in Kraft.
  - EuGH-Urteil für vollständigen Schutz vor Reisepleiten
  - VSV erwirkt neues Urteil des Bundesgerichtshofs zur Telefonwerbung.
  - AgV und Verbraucherzentralen legen ein Konzept zur Vorsorgeförderung bei der Alterssicherung vor.
  - Europas Verbraucher online: Tagung von AgV, EU-Kommission und Bundeswirtschaftsministerium zu Chancen und Risiken im elektronischen Markt
  - Bundesweite Untersuchung der Verbraucherzentralen zu ökologisch verantwortungsvollem Fischeinkauf
  - Vor der Millennium-Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation (WTO) fordern Verbraucherorganisationen weltweit eine Wende in der WTO-Politik. Sie wollen mehr Mitspracherechte und mehr Transparenz.
  - Initiierung der Strukturreform der Verbraucherarbeit in Deutschland
- 2000**
- Gesetz zur Beschleunigung fälliger Zahlungen und Fernabsatzgesetz treten in Kraft.
  - Die AgV fordert ein Patientenschutzgesetz.
  - Die AgV verlangt Netzwerk für mehr Lebensmittelsicherheit – Studie vorgelegt
  - AgV-Untersuchung: Elektronischer Zahlungs- und Geschäftsverkehr nach wie vor risikoreich
  - Gründung des Verbraucherzentrale Bundesverbands e.V. (vzbv) am 1. November 2000 und Berufung von Prof. Dr. Edda Müller zum Vorstand
- 2001**
- Einrichtung des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (am 11. Januar 2001), Ministerin: Renate Künast
  - Auf einer Pressekonferenz anlässlich der Internationalen Grünen Woche legt der vzbv Prüfsteine zur Glaubwürdigkeit der Wende in der Verbraucherpolitik vor.
  - Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände, die Stiftung Verbraucherinstitut und der Verbraucherschutzverein werden auf den Verbraucherzentrale Bundesverband mit dem Standort Berlin verschmolzen.
  - Eckpunkte zur EU-Harmonisierung im Wettbewerbsrecht
  - Unterlassungsklagengesetz tritt in Kraft.
  - vzbv fordert ein Verbraucherinformationsgesetz mit Auskunftsanspruch der Verbraucher auch gegenüber Unternehmen.
- 2002**
- Einführung des Euro als gesetzliches Zahlungsmittel
  - EU-Kommission beschließt eine Reform der Kfz- Gruppenfreistellungsverordnung und ermöglicht damit künftig deutlich mehr Wettbewerb im europäischen Automarkt.
  - Aufhebung von Rabattgesetz und Zugabeverordnung
  - Schuldrechtsreform
  - Neues Klagesrecht für Verbraucherverbände nach dem Rechtsberatungsgesetz. Die Verbraucherzentrale Baden Württemberg leitet erstes Verfahren ein.
  - Initiativrecht für Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft zur Stärkung ihrer Querschnittsaufgaben im Verbraucherschutz
  - vzbv legt Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2002 vor.
  - vzbv veröffentlicht verbraucherpolitisches Positionspapier für die Koalitionsverhandlungen zur Legislaturperiode 2002-2006.
  - vzbv und der österreichische Verein für Konsumenteninformation mahnen Lebensmittelkonzerne wegen irreführender Werbung mit ländlicher Idylle ab.
  - vzbv geht gerichtlich gegen Ministererlaubnis zur Fusion von e.on und Ruhrgas wegen Nichtanhörung der Verbraucherverbände vor.
  - Bund der Energieverbraucher neues Mitglied des vzbv.
  - Der vzbv zählt 35 Mitgliedverbände.
- 2003**
- 50 Jahre Verbraucherarbeit in Deutschland
  - Der vzbv zählt 37 Mitgliedsverbände.
  - Neue Mitgliedsverbände: Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD) und die Schutzgemeinschaft der Kleinaktionäre e.V. (SdK)
  - Änderung des Ladenschlussgesetzes
  - 20 Jahre Weltverbrauchertag: vzbv, Deutscher Mieterbund und der Verkehrsclub Deutschland fordern Kennzeichnung des Energiebedarfs von Autos und Wohnraum.
  - Nachhaltiger Warenkorb: vzbv appelliert an Konsumenten, bei der Kaufentscheidung Umwelt- und Sozialverträglichkeit mit Hilfe des Nachhaltigen Warenkorbes zu berücksichtigen.